

„Soziale Durchmischung“ und Gesamtschule

Von Dieter Grillmayer

Im Juni hat das Ergebnis von Sozialerhebungen und anderen Studien mehrfach für Aufregung gesorgt und auch die Gesamtschuldebatte wieder angeheizt. Von den dabei zutage getretenen Unschärferelationen, Fehlinterpretationen und falschen Schlüssen soll hier die Rede sein.

Offener Uni-Zugang mindert Studienqualität

Am 8. Juni berichteten die „OÖN“ von einer aktuellen Studie des Centrums für Hochschulentwicklung (CHE), deren Befund eindeutig ist: Das Fehlen von Zugangsbeschränkungen an Österreichs Universitäten wirkt sich negativ auf die Qualität aus und trägt auch nicht zu einer höheren sozialen Durchmischung bei, ganz im Gegenteil. An Privatuniversitäten und Fachhochschulen, wo Studienplätze beschränkt, Bewerber selektiert und Gebühren eingehoben werden, sei die soziale Durchlässigkeit nämlich höher. „Sowohl die Überlastung der Universitäten als auch die positiven Auswirkungen von Zugangsbeschränkungen an den Fachhochschulen sprechen dafür, den offenen Universitäts-Zugang abzuschaffen.“

Die neue Wissenschaftsministerin Beatrix Karl (ÖVP) lag daher mit ihrer ersten Stellungnahme in der neuen Funktion goldrichtig. Ihr Bekenntnis zu Studienbeiträgen und Zugangsbeschränkungen war erfrischend mutig und außerdem ein Beleg dafür, dass sie bei der Formulierung und Verfolgung politischer Ziele weiter denkt als nur bis zum nächsten Wahltag. Koalitionen sind nämlich nicht für die Ewigkeit gemacht und die möglichen Partner können ja auch klüger werden. Früher oder später wird die Macht des Faktischen die Einführung der genannten Maßnahmen nämlich sowieso erzwingen.

„Schuster, bleib’ bei deinem Leisten“

Mit ihrer Befürwortung der Gesamtschule, also einer Abschaffung der achtjährigen Gymnasien und Realgymnasien, hat sich die neue Ministerin meine Sympathie allerdings wieder verscherzt. Gleiches gilt für die Herren Christoph Leitl (Wirtschaftsbund) und Veit Sorger (Industriellenvereinigung), denen ich nach ihrer „Liebeserklärung“ zum genannten Projekt nur den oben zitierten Ratschlag geben kann. Dass Wirtschaftsleute in erster Linie an den materiellen Nutzen von Bildung und Ausbildung denken ist nicht neu, dass sie glauben, Schule lasse sich wie eine Fabrik organisieren und leiten, auch nicht. Nur ein solchermaßen eingeschränkter Horizont kann zu der Fehleinschätzung führen, die Gesamtschule wäre bei gleichem Leistungsumfang billiger zu haben als das gegliederte Schulsystem, welches genau das tut, was Herr Leitl („Das Begabungs- und Kreativitätspotential der jungen Leute muss ausgeschöpft werden“) und Herr Sorger („Leistungsorientierung zählt“) verlangen. Unbedarft ist dem Industriellenchef auch zu attestieren, wenn er behauptet, dass „von zwei Euro aus dem Bildungsbudget derzeit nur ein Euro bei Schülern und Lehrern ankommt“.

Bösartig wäre es, den beiden Wirtschaftskapitänen zu unterstellen, sie wären an wirklich „Gebildeten“ gar nicht interessiert, weil diese manipulations- und konsumresistenten sind als der Menschentyp, der für die Umsetzung der von ihnen vertretenen Wirtschaftsphilosophie eines stetigen Wachstums „um jeden Preis“ gebraucht wird.

„Nur bei gleichzeitiger Abschaffung der Privatschulen“

Als sich dann auch noch der „schwarze“ oberöstr. LSR-Präsident Enzenhofer der Kampagne anschloss, titelten die „OÖN“ in der bereits genannten Ausgabe geradezu lustvoll: „VP-Bollwerk gegen Gesamtschule bröckelt.“ Und natürlich reagierten „rote“ Politiker mit Genugtuung.

Anscheinend wurde aber übersehen, dass Enzenhofer an die Einführung der Gesamtschule eine notwendige, aber praktisch unerfüllbare Bedingung geknüpft hatte, nämlich die Abschaffung von Schulen mit privatem Rechtsträger, insbesondere also aller katholischen Privatschulen, wie z. B. in Wien das „Schottengymnasium“ und die „Ursulinen“, in Linz das „Petrinum“ und das „Aloisianum“ solche sind.

Nicht nur verstieße ein solches Privatschulverbot gegen alle Gesetze des freien Wettbewerbs, sondern auch gegen die mit den Kirchen dauerhaft abgeschlossenen Verträge, und es würde Institutionen betreffen, die am Markt gut angenommen werden und die sich auch bei vielen „Genossen“ großer Beliebtheit erfreuen. Von dem unglaublichen Traditionsbruch einmal ganz abgesehen.

Andererseits ist Enzenhofers Bedingung zwingend, wenn die Einführung obligatorischer Gesamtschulen nicht zu einem Zwei-Klassen-Schulsystem führen soll. Denn einer Privatschule wird es immer möglich sein, den Bereich der Zehn- bis Vierzehnjährigen strukturell als Gesamtschule, dem Leistungsniveau nach aber als gymnasiale Unterstufe zu führen, weil sie sich ihre Schüler ja aussuchen kann. Daran lässt sich dann nahtlos eine Oberstufe anfügen. Die Folgen sind absehbar, weil die Vorliebe der „bildungsnahen“ österr. Elternschaft für das achtjährige Gymnasium ungebrochen ist, wie aus allen Meinungsumfragen zu diesem Thema hervorgeht.

Kein Geld, kein Studium?

Konkreter Anlass für die Wortmeldungen zum Thema „Gesamtschule“ war eine Erhebung des Wissenschaftsministeriums über die Zusammensetzung der Studentenschaft des tertiären Sektors (Universitäten und Fachhochschulen) in Bezug auf die soziale Herkunft. Diese Erhebung bestätigt im Wesentlichen die schon eingangs erwähnte Studie, differenziert aber viel stärker nach schwammigen Kriterien, was allein schon problematisch ist.

Am 4. Juni rühmte sich „Die Presse“, dass ihr diese Studie exklusiv vorliegt, und nahm den groben Befund, dass Studierende aus „sozial niedrigen“ Schichten auf den Unis unterrepräsentiert sind, zum Anlass für die Schlagzeile „Kein Geld, kein Studium“. Ein neuerlicher Beleg für den Qualitätsverlust, der schon seit geraumer Zeit an dieser Zeitung feststellbar ist. Und natürlich ist auch die Folgerung, man müsse dem „sozialen Unrecht“ durch die Einführung der Gesamtschule abhelfen, völlig aus der Luft gegriffen.

Ein schwerer Mangel des Presseberichts (und wohl auch der Studie) ist es bereits, dass „sozial niedrige“ und „bildungsferne“ Schichten in einen Topf geworfen werden. Als Alleinverdiener über zwanzig Jahre lang einer fünfköpfigen Familie vorstehend kenne ich den Unterschied zwischen „finanzschwach“ und „bildungsfern“. Anfangs hatten wir weder Fernseher noch Auto noch konnten wir uns Urlaubsreisen leisten. Aber dafür haben wir „Zeit“ für unsere Kinder gehabt, sie zum Lesen angehalten und auch sonst bewusst Erziehungsmaßnahmen und Bildungsanreize gesetzt. Als Studenten mussten unsere drei Kinder mit je 3.000 Schilling auskommen, das war gerade einmal die Hälfte des durchschnittlichen Monatsbudgets eines damaligen Hochschülers. (Heute liegt dieser Betrag angeblich bei 980 Euro.) Zuverdienst ist weder diskriminierend noch muss er studienhemmend sein. „Das Geld liegt auf der Straße, man muss sich nur bücken und es aufheben“, sagte unser jüngerer, vergleichsweise ausgabenfreudiger Sohn damals zu diesem Thema.

Bildungsbewusstsein und Opferbereitschaft

Abgesehen von Parametern, die noch zu benennen sein werden, ist die in der Studie des Wissenschaftsministeriums beklagte „Schieflage“ also weniger eine Frage des Geldes als eher die Folge einer fehlerhaften Bewusstseinsbildung in den betroffenen Schichten. Wenn hier Defizite auftreten, dann müssen sich vor allem jene Meinungsbildner an der Nase nehmen, welche das zu verantworten haben.

Das sind alle Zeitgenossen, welche Werbung für eine Bildung zum Nulltarif machen, und das im doppelten Sinn. Erstens darf der Schul- und Hochschulbesuch nichts kosten, und auf der anderen Seite wird in Österreich seit Jahrzehnten die Meinung kolportiert, dass Wissen und Können „spielerisch“ und im Prinzip unabhängig von der individuellen Disposition des Kindes erwerbbar seien. Wenn das nicht klappt sind die Lehrer schuld, die sich nicht genug anstrengen, und weil es noch immer keine Gesamtschule gibt.

Richtig ist hingegen, dass der Grundstein im Elternhaus gelegt wird und dass Bildung mit Anstrengung, Ausdauer und Selbstdisziplin verbunden ist. Nur von Kindern, deren Eltern weder den Zeitaufwand noch die Mühe scheuen für eine bewusste Erziehung, für ein interessiertes Begleiten der Schullaufbahn, für das Wecken von Neugier und Ehrgeiz, von Pflichtbewusstsein und Opferbereitschaft, ist zu erwarten, dass sie aus ihren Anlagen das Maximum herausholen.

Gene und Umfeld

Zu den einzelnen Studienrichtungen besagt die Untersuchung unter anderem, dass 31 Prozent der Medizinstudenten aus einer „hohen“ Schicht und lediglich zehn Prozent aus einer „niedrigen“ Schicht kommen. Bei den technischen und wirtschaftswissenschaftlichen Fächern kommen hingegen bis zu 25 Prozent der Studierenden aus einer „niedrigen“ Schicht.

Bitte, was ist daran sonderbar und wo ist da die „Benachteiligung“? Bei Medizinern ist, ebenso wie bei Rechtsanwälten, Steuerberatern usw., oft eine vorhandene Praxis für die Studienwahl der Kinder maßgeblich. Generell werden Kinder in Akademikerhaushalten mit dem Beruf der Eltern laufend konfrontiert, während in anderen Haushalten ein bestimmtes akademisches Berufsbild nicht vorherrschend ist. Da werden sich die entsprechend begabten und ehrgeizigen Kinder dann eher für ein „neutrales“ Technik- oder Wirtschaftsstudium entscheiden.

Zweifellos ist es politisch inkorrekt, zuletzt noch auf die Gene und das gesellschaftliche Umfeld zu sprechen zu kommen. Aber wenn der ehemalige SPD-Finanzstadtrat von Berlin Thilo Sarrazin beklagt, die Deutschen würden im Durchschnitt immer dümmer, weil Kinder in der Hauptsache nur noch in Ausländerkreisen und in der sozialen Unterschicht zur Welt kommen, dann erlaube auch ich mir eine entsprechende Bemerkung. In der Regel herrscht in Maturanten- und Akademikerhaushalten nun einmal ein überdurchschnittlich gutes „Bildungsklima“ mit entsprechenden Konsequenzen. Aber selbstverständlich müssen wir über jeden Akademiker froh sein, der aus einer anderen Gesellschaftsschicht hervorwächst. Unlängst habe ich einen aus dem Arbeitermilieu kommenden Maturakollegen und Diplomingenieur gefragt, wie viele in seinem Viertel wohnende Alterskollegen so wie er fähig gewesen wären, die Matura zu machen und zu studieren. „Keiner“, war die Antwort.